

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Bemerkungen-Sammelnummer: 35241
Aus für Nachdruck: Nr. 30011
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden-E. 1., Marienstraße 28/29

Besuchsgeschäft vom 1. bis 15. August 1923 bei täglich zweimaliger Ausstellung frei Haus 1.70 M.

Besuchsgeschäft für Montag August 2.60 M. ohne Sollnungsgebühr. Einzelnummer 10 M.

Überhalb Dresden 15 M. Abgabepreise: Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet; bis einschließlich 50 mm breite Seite 10 M., für ausmärs 40 M. Sammlerangebote und Stellen-
geschäfte ohne Redakt 10 M., außerhalb 15 M., die 50 mm breite Reklameseite 200 M., außer-
halb 250 M. Offertengebühr 50 M. Zuständige Aufsicht gegen Verzerrung

Druck u. Verlag: Dieder & Reichart,
Dresden, Voßstraße 10/12, 1068 Dresden
Raddusser war mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Radt.) zuflieg. Unterlaute
Schreibfehler werden nicht aufbewahrt

Belgrad sucht Ausgleich mit Agram

Hoffnung auf kroatische Uneinigkeit

Belgrad, 14. August. Nach den Eindrücken, die man am Dienstag in den Wandelaugen der Skupstina gewonnen hat, wird in Belgrader politischen Kreisen der scharfe Ton der Agramer Trancreden nicht allzu trocken genommen. Man glaubt vielmehr, daß ruhiges Abwarten es erleichtern wird, den Streit zwischen Belgrad und Agram allmählich wieder anzugehen. Man hat den Eindruck, daß sich die kroatische Einheitsfront angesichts der heutigen beliebten inneren Gegenseite nicht lange halten wird. Damit ist aber nicht gesagt, daß man in Belgrad unthalig bleiben soll. Man beachtigt vielmehr, etwa Ende September von selbst an die kroatische Frage heranzutreten und eine geeignete Grundlage für eine Verhandlung zu suchen.

Die vom Immunitätsausschuß befürwortete Abschiebung der beiden Abgeordneten Toma Popovitsch und Ljupu Jovanowitsch ist von der Skupstina endgültig beschlossen worden; ferner hat die Skupstina in ihrer letzten Sitzung noch eine Reihe von Gesetzeswürken, darunter den Ausländervertrag mit Polen, die Berner Konvention und den Handelsvertrag mit Griechenland, erledigt. Darauf verfolgt das Haus. Die neue Tagung wird auf kirchliche Einberufung zwischen dem 17. und 20. September beginnen.

Matschel und Pribitschewitsch gleichberechtigte Führer

Agram, 14. August. Der geschäftsführende Ausschuß der bürgerlich-demokratischen Koalition hielt am Dienstag vormittag eine Sitzung ab, an der die Führer der Partei teilnahmen. In dem Bericht über die Sitzung wird mitgeteilt, daß der Ausschluß die Wahl Dr. Matschel zum Präsidenten des Abgeordnetenklaus der kroatischen Bauernpartei zur Kenntnis genommen habe. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß Dr. Matschel und Pribitschewitsch nunmehr gleichberechtigte Führer der Partei seien. Über die politischen Beratungen des Ausschusses wird in dem Bericht nichts erwähnt. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird in Laibach stattfinden.

Verhaftungen von Kommunisten

Ebenso wie am Sonntag haben die Agramer Studenten auch heute die Verbreitung der Belgrader "Politika" in Agram gewaltsam verhindert, indem sie alle ankommenden Exemplare dieser Zeitung mit Pfeilgeschossen belegten. Ein alter Zeitungsbündler, der die "Politika" verlaufen wollte, wurde lässig angegriffen und erlitt leichte Verletzungen.

Seit der Zeit, wo im Zustande von Raditsch die kritische Sitzung eintrat, sind mehrere kommunistische Agenten in Agram eingetroffen. Die Polizei hat einige dieser Agenten,

die auch als Postbeamte austraten, bereits verhaftet. Den Blättern aufsorge wurden bei den Kommunisten Mauren angeschläge beschlagen, in denen die Arbeiterschaft, besonders das Eisenbahnpersonal, aufgefordert wird, die Arbeit niederzulegen und den Streik zu proklamieren. Eine Untersuchung ist im Gange.

Der englisch-französische Druck auf Bulgarien

Sofia, 14. Aug. Obwohl über den französisch-englischen Schritt in der mazedonischen Angelegenheit die amtlichen Stellen noch immer strengste Stillschweigen bewahren, erläutert der Vertreter der T. u. aus diplomatischer Quelle folgende Einzelheiten, die die erste Nachricht teilweise ergänzen, teilweise bestätigen. Die Vorstellungen des englischen Gesandten Spiegel waren in sehr energischem Ton gehalten, während der französischen Gesandte sich etwas gemäßigter verhielt. Verlangt wurde die Verhaftung aller Mitglieder des Zentralomitees und der ausländischen Vertretung der T. u., und zwar Michailow, Schlandanoff, Vorotoff, Tomanowsky, Panitschew, Bassaroff. Weiterhin wurde die Auslösung der Antro- und aller kulturellen mazedonischen Verbände verlangt. Bei Nichterfüllung dieses Verlangens würden

Sanktionen finanzieller Natur

angestellt, und zwar erinnerte der englische Gesandte an den Einfluß Chamberlains auf die Maßnahmen zugunsten der bulgarischen Anleihe. Er deutete an, daß im Notfalle England die Anleihe verhindern werde. Auch der französische Gesandte erinnerte an das Wohlwollen Frankreichs in der Anleihefrage, wofür Frankreich ein Entgegenkommen Bulgariens bezüglich obiger Forderungen erwarte.

Außenminister Burz war gab den schweren Bedenken der bulgarischen Regierung über diese weitgehenden Forderungen Ausdruck und erklärte, die Regierung habe schon vor dem englisch-französischen Schritt die Möglichkeit erwogen, administrative Maßnahmen zu ergreifen, um die gefährlichen mazedonischen Aktionen zu verhindern. Die diplomatischen Kreise nehmen an, daß Bulgarien diesmal der Entscheidung nicht ausweichen könne und dem Verlangen werde nachkommen müssen. Allerdings besteht in Bulgarien noch die Hoffnung auf den italienischen Gesandten, der sich auf ausdrückliche Weisung Mussolinis von dem Schritt ferngehalten hat.

Albanien soll Königreich werden

Bulawayo, 14. August. Die "Lupta" meldet aus Temesvar, daß nach dort eingetroffenen Meldungen die Aenderung der Staatsform von Albanien eine beschlossene Tatsache sei. Gegen Ende dieses Monats werde, so schreibt das Blatt, die albanische Nationalversammlung einberufen werden, die Albanier zum Königreich proklamieren und Ahmed Zogu zum König aufrufen werde. Es sei allerdings noch ungewiß, ob diese Aenderung der albanischen Staatsform die Zustimmung der ausländischen Mächte finden werde.

Wachsende Opposition in der Sozialdemokratie

Der mißliebige Kabinetsbeschluß

Ortsmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Aug. Mit der heute veröffentlichten Erklärung des Reichskabinetts, die den sozialdemokratischen Ministern Gelegenheit geben sollte, sich vor ihren Anhängern zu rechtfertigen, scheint der Streit um den Panzerkreuzer noch nicht zu Ende zu gehen. Die Presse der Linken übt auch weiterhin harsche Kritik an dem Beschuß des Reichskabinetts, die erste Plaurce für den Panzerkreuzer zu befürworten. Das demokratische "Berliner Tageblatt" bezeichnet den Panzerkreuzer auch heute noch als ein "Am Ernstfall militärisch wertloses Panzerkreuz", eine Meinung, die im strittenen Gegensatz zu der Auskunft des Reichswehrministers Grasser steht, und erklärt weiter, daß die lebhafte Regierung die Gelegenheit, den schweren Fehler der vorigen Regierung und des vorigen Reichstages wieder gutzumachen, bedauerlicherweise versäumt habe. Der "Vorwärts" enthält sich heute jeder Stellungnahme. Er begnügt sich damit, die Erklärung des Kabinetts kommentarlos abzudrucken. Sehr aufschlußreich für die Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie sind dagegen Ausführungen, die das Organ der schlesischen Sozialdemokratie, die "Breslauer Volkswoche", macht. Der rechtlichen Frage, erklärt dieses Blatt, läme gegenüber der politischen nur eine lebenswürdige Bedeutung zu. Politisch sei die Sozialdemokratie durch die Zustimmung ihrer Kabinettsmitglieder in eine unheilvolle Lage gebracht worden. Die sozialdemokratische Mehrheit würde für den Bruch des Wahlversprechens kein Verständnis aufbringen. Die Zustimmung zu dem Bau des Panzerkreuzers überschreite, erklärt das Blatt dann mit allem Nachdruck, die Grenze dessen, was die Partei ausgleichen könne, um die erst kürzlich abstimmbare Reichsregierung am Leben zu erhalten. Sie hoffen daher, daß die Reichstagsfraktion sich mit diesem Beschuß nicht aufzuhalten geben, sondern versuchen wird, noch nachträglich eine Umstaltung dieses Beschlusses zu erreichen." Das heißt also nichts anderes, als daß dieses sozialistische Organ von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, sie solle ihre Mitglieder aus dem Reichskabinett zurückziehen und damit das Kabinett, das ja bekanntlich nach den politischen Sommerferien versuchen wollte, sich die parlamentarische Basis einer Großen Koalition zu verschaffen, zum Aufliegen zu bringen. Man wird allerdings zunächst noch beweisen müssen, ob die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion Neigung verfügen wird, dieser immerhin sehr folgen schweren Aufforderung zu entsprechen. Allerdings ist zu beachten, daß in der sozialdemokratischen

Faktion mögliche Persönlichkeiten den Kreisen, als deren Sprecherin die "Breslauer Volkswoche" auftritt, nahestehen.

So ist bekanntlich der Reichstagspräsident Löbe heute noch Redakteur dieser Zeitung. Diese Vorgänge können jedenfalls nur die Meinung bestätigen, daß die sozialistische Arbeit des gegenwärtigen Reichskabinetts infolge der entgegengesetzten Auseinandersetzungen der hinter ihm stehenden Parteien stets auf das schwierigste gefährdet bleibt.

Erneute Kundgebungen tschechischer Sozialisten

Prag, 14. Aug. Die sächsische Sozialdemokratie veranstaltet allenhalben Kundgebungen gegen den geplanten Bau des Panzerkreuzers A. So erwartet der Vorstand des Unterbezirks Böhmen-Schlesien-Ostböh. daß Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion abhalb an dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Auf einem Bezirksparteiteil des Bezirks Böhmen-Plauen haben etwa 10.000 Mitglieder der Partei die Reichstagsabgeordneten und die Mitglieder der Reichsregierung, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, aufgefordert, zu dieser herausfordernden Klassenkampfhandlung (!) des Bürgertums nicht zu schweigen, sondern den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen". Sie verlangen den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung.

Möglichkeit Entführung eines tschechischen Deutschen-Jügers

Pilsen, 14. Aug. In Pilsen wurde ein tschechischer Agent gefasst, der den Vorsitzenden des Reichsverbands heimlich einen tschechischen Agenten über die deutsch-tschechische Grenze bringen wollte. Dem Agenten war, wie er bei der Vernehmung eingestand, eine Belohnung von 30.000 tschechischen Kronen verprochen worden. Die Festnahme gelang durch eine falsche Telefonverbindung. Der Agent hatte Janisch anrufen wollen, war aber ganz aufgereggt mit dem Kriminalpolizist verbunden worden, die sich sofort nach dem Ort begeben, wohin der Agent Janisch bestellt worden war.

Mehrere hundert Chinesen ertrunken

Kantau, 14. August. Der chinesische Dampfer "Shinkiu", der sich auf der Fahrt von Tschingtau nach Altkuang befand, ist in den Stromschnellen des Yangtsse gesunken. Es verlautet, daß mehrere hundert Menschen ertrunken sind.

Moskau und Kellogg-Pakt

Die sowjetistische Diplomatie ist sehr gerissen, genau so wie die zaristische es war, die stets im Rufe einer besonderen zaristischen Größe stand. Sie weiß jede Gelegenheit zu ihrem Vorteil auszunutzen. Auch jetzt ist das Eingreifen in die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt geschickt aufgegangen, namentlich Amerika gegenüber, wo das englisch-französische Rückungssabkommen, das weder in Washington noch in Tokio und Rom mitgeteilte Geheimklausen enthalten soll, eine offenbar nicht bloß auf der Oberfläche hastende Verstimmung erzeugt hat. Die Wahl des Zeitpunktes verrät daher eine richtige psychologische Einstellung, wenn Rußland sich gerade jetzt den Amerikanern als Gefundenen gegenüber einer englisch-französischen Front empfiehlt; denn etwas anderes will Tschitscherin doch nicht sagen: "Wir wollen euch Amerikanern gegen England und Frankreich helfen, wenn ihr uns beim Kellogg-Pakt mitzulasten." In Washington hat man freilich den Moskauern die kalte Schulter gezeigt und ihnen kühlig bedeutet, sie möchten gefällig in Paris ankommen. Die ablehnende amerikanische Haltung beruht vornehmlich auf dem Verdacht, daß die Moskauer Taktik dahingehe, eine etwaige amerikanische Einladung an Rußland in dem Sinne auszumachen, daß darin mittelbar die völkerrechtliche Anerkennung des Sowjetstaates enthalten sei. Davon aber will Amerika, das eine grimmige Feindschaft gegen jede Art von Kommunismus hegt, schlechterdings nichts wissen. Die legt erst im ausführlichen Wortlaut vorliegenden Erklärungen Tschitscherins sind besonders bemerkenswert durch die ebenso scharfe wie sachlich berechtigte Kritik, die an den englisch-französischen Vorstellungen zum Kellogg-Pakt geübt wird, da sie in den augenblicklich in Paris und London sich abspielenden politischen Vorgängen ihre Bestätigung findet. Der russische Volkskommissar für das Auswärtige weist nämlich darauf hin, daß Frankreich, obwohl es für seine Teilnahme am Kellogg-Pakt die Aufrechterhaltung der Pflichten aus dem Völkerbund statut und aus dem Vertrage von Locarno zur Bedingung macht, dennoch diese beiden Verträge als ungültig zu behandelnscheine.

Wie sehr Tschitscherin mit dieser Feststellung im Recht ist, erhebt mit unliebsamer Deutlichkeit aus dem ganzen Komplex von Ereignissen, deren Schauspiel in den letzten Wochen die Regierungskanzleien in Paris und London gewesen sind, in Verbindung mit gewissen anderen Tatsachen und öffentlichen Erörterungen, die eine nicht zweifelhafte gegen Deutschland gerichtete Tendenz verraten. Das neue englisch-französische Einvernehmen ist endgültig besiegt; England hat dadurch freie Hand für seine Rüstungen zur See erlangt und Frankreich darf zu Lande sich weiter bis an die Bahn bewaffnen und erhält einen Freibrief für die andauernde Überlandbefestigung. Der ganze nationalistische Hexenkessel ist durch diese Wendung mit einem Schlag wieder aufgerichtet worden. Englische und französische Truppen halten im besetzten Gebiet gemeinsame Wandscheide ab, die französische Akademie der Künste verweigert ihre Teilnahme an der Eröffnungsfeier der Löwenauer Universitätsbibliothek, weil die ursprünglich geplante gegen Deutschland hegende Inschrift infolge des deutschen Einspruchs über dem Portal der Bibliothek nicht angebracht worden ist, in Belgien hat sich sogar eine neue Aufgabe der längst aufs blödigste als triste Fälschungen gebrandmarkt Lügen über angebliche deutsche Kriegsgreuel aus dem finsternen Schlupfwinkel ihrer bisherigen Vergessenheit hervorgewagt. Damit nicht genug schlägt auch die englische Presse Töne an, die von der bisher gegenüber Deutschland beobachteten Rücksicht nichts mehr erkennen lassen. Eine bezeichnende Kostprobe dieses neuen Geistes bietet die geradezu mit Hohn getränkten Auslösungen eines so angesehenen Blattes wie der "Morning Post", die sich über die bei den gemeinsamen englisch-französischen Manövern angenommene Kriegslage "Ostland greift Westland an" in folgender zynischer Weise verbreitet: "Unser alter Freund Ostland wird unruhig. Er empfindet die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ausdehnung. Er ist ängstlich darauf bedacht, sich für frühere Niederlagen zu rächen. Er will aus seinem Wege das einzige Hindernis zur Weltherrschaft entfernen. Er bricht sich los von den Beschränkungen, die ihm der Völkerbund oder der Geist von Locarno auferlegen, wenn er diesen überhaupt geschlägt hat, und so hat er an Westland (d. h. also an Frankreich, unterstützt von England) den Krieg erklärt." Und dieser Erfolg wird geträumt durch die Schlussmerkung, wenn die Deutschen so etwas nicht verteidigen könnten, so beweisen sie dadurch, daß sie "den Humor verloren hätten".

Ein starkes Stück, das muß man wirklich sagen! Und der tiefste Zweck der Übung? Er geht offenbar dahin, Deutschland einzuschüchtern und das deutsche Staatschiff durch einen scharfen westmäßigen Wind zu zwingen, genau und ausschließlich den Kurs innezuhalten, der in Paris und London in der Außenpolitik gelehrt wird. Das bedeutet für den Kellogg-Pakt, daß dieser neue "Friedensvertrag" von deutscher Seite als eine Weltgarantie für den unabänderlichen Charakter der durch die Friedensverträge gezogenen Grenzen in Europa anerkannt und betrügt werden soll. Zugleich droht durch die Gefahr, daß man Deutschland langsam aber sicher mürbe machen will, damit es sich zu dem vollgestopften Rücken aller bisherigen Verträge auch noch ein Ost-Locarno aufstellen läßt. Dann allenfalls könnte das Väbeln der westmäßigen Gnadenzone wieder über dem deutschen Michel ausgehen. Indirekt ist ein Hinweis auf derartige Gedankengänge der Westmächte auch in den Erklärungen Tschitscherins enthalten,